Brief aus Berlin













++++ Equal Pay Day ++++

Aktion für Frauen

Frauen verdienen in Deutschland derzeit etwa 22 % weniger als Männer. Die Differenz im Gehalt ist so groß, dass Frauen im Schnitt erst Ende März des folgenden Jahren so viel verdient haben wie Männer allein in einem Jahr. Dieses Datum, der 20. März, markiert den "Equal Pay Day".

In den Darmstädter Innenstadtkinos erhalten Frauen am Equal Pay Day 22 Prozent Rabatt, wenn sie eine rote Handtasche dabei haben oder das Codewort "rote Tasche" nennen. Das Frauenbüro informiert vor den Kinos zum Thema Entgeltgleichheit. Also rein in die Kinos, liebe Damen!

www.brigitte-zypries.de

direkt gewählt - direkt erreichbar

18. März 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerade kehre ich zurück von einem spannenden Montag und Dienstag auf der Cebit - der weltweit größten Messe für IT. Das Motto der Messe ist in diesem Jahr "D!Conomy – die digitale Transformation ist da". Das Kunstwort, bestehend aus "digital" und "economy", spielt an auf die durch die fortschreitende Digitalisierung entstehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen: Big Data, Cloud Computing und IT-Security-Konzepte sind nur einige Beispiele für die großen Themen der Messe. Über 3.400 Unternehmen aus 70 Ländern stellen in diesem Jahr ihre zukunftsweisenden Geschäftsmodelle und IT-Produkte für eine moderne und vernetzte Wirtschaft vor.

Die Cebit zeigte mal wieder: Der IT-Markt boomt! Das gilt auch für Deutschland und die SoftwareAG in Darmstadt, deren Stand auf der Messe ich natürlich auch besucht habe. Neben den etablierten Anbietern wachsen Startups in ganz Deutschland aus dem Boden. Das schafft die nötige Innovation und trägt zum Wachstum dieses neuen Wirtschaftszweiges bei. Auch in Darmstadt gibt es - wie in Hochschulstandorten in ganz Deutschland - zahlreiche Jungunternehmer aus der Uni. Das Bundeswirtschaftsministerium hat verschiedene Initiativen zur Unterstützung von Gründerinnen und Gründern ergriffen. Neben dem Abbau von bürokratischen Hindernissen und der Bereitstellung von Vernetzungs- und Beratungsangeboten liegt ein Schwerpunkt auf der Begeisterung von Frauen für die Selbständigkeit. Im Rahmen der Initiative "FRAUEN unternehmen" habe ich im vergangenen Jahr, gemeinsam mit der Internetbeauftragten der Bundesregierung, Gesche Joost, ein Gründerinnenfrühstück in Berlin etabliert. Dort wird im lockeren Kreis über die spezifischen Anliegen von Frauen in der Gründungsphase gesprochen. Ein konkretes Ergebnis war das "Gründerinnenmanifest", das wir am Montag auf der Cebit an den EU-Kommissar für Digitales, Günther Oettinger, überreicht haben. Im Gegenzug gab es eine Einladung nach Brüssel - dort setzen wir im Herbst die Debatte fort. Ich bin gespannt!

Viel Spaß beim Lesen und eine gute Woche wünscht

Eve Mre Bijle Zypies



++++ Literarischer März ++++

Lesung

Darmstadt ist eine Stadt der Literatur. Zahlreiche Literaturpreise werden hier jedes Jahr verliehen, so auch in diesem Jahr wieder der Leonce-und-Lena-Preis. Ausgewählte Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die nicht älter als 35 Jahre sind, stellen sich im Rahmen des "Literarischen März" am Samstag, den 21. März, dem Publikum vor.

Die Autorinnen und Autoren lesen ab 9.00 ihre Werke vor und die Jury wird öffentlich über diese diskutieren. Weiter geht es ab 20.00 Uhr mit einer Lesung von Karl-Krolow-Gedichten und der Preisverleihung.

Los geht's am 21. März, ab 8.30 in der Darmstädter Central Station, Im Carree, 64283 Darmstadt. Mehr Informationen finden Sie hier.

Diese Woche im Bundestag: Das Fachkräftekonzept der Bundesregierung

Der "Fachkräftemangel" - er ist immer wieder Thema in den Medien, teils wird er gefürchtet, teils bestritten. Die Bundesregierung hat bereits im Jahr 2011 ein <u>Fachkräftekonzept</u> beschlossen, das seither jährlich anhand von Fortschrittsberichten überprüft und angepasst wird. Das Konzept enthält folgende Maßnahmenpakete:

- 1. Aktivierung und Beschäftigungssicherung
- 2. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 3. Bildungschancen für alle von Anfang an
- 4. Qualifizierung: Aus- und Weiterbildung
- 5. Integration und qualifizierte Zuwanderung

Am Donnerstag diskutiert der Bundestag über die Fortschrittsberichte zum Fachkräftekonzept für die Jahre 2013 und 2014. Die wesentliche Erkenntnis aus dem aktuellen Bericht lautet: Es liegt kein akuter flächendeckender Fachkräftemangel vor. Allerdings besteht in bestimmten Berufen, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Pflege sowie in einigen technischen Berufen, bereits ein deutlicher Mangel an gut ausgebildetem Personal. Dabei sind die regionalen Unterschiede groß. Der industriestarken Region Südhessen mangelt es vor allem an Ingenieuren, Softwareentwicklern und Fachkräften in den Bereichen Chemie und Pharma. Ein etwas veralteter, aber sehr anschaulicher Bericht der IHK Darmstadt zeigt die Bedarfe unserer Region.

Die gute Nachricht: Die Erwerbstätigenquote steigt kontinuierlich. Im Jahr 2013 wurde in Deutschland das EU-Ziel von 77 Prozent mit 77,3 Prozent erstmals erreicht. Gründe hierfür liegen unter anderem in der gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren und in den steigenden Zuwanderungszahlen. Der positive Trend spiegelt sich auch in der aktuellen Prognose zur Entwicklung des Arbeitsmarktes wider: Zwar wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2030 um rund fünf Millionen abnehmen, die Zahl der Erwerbstätigen wird hingegen nur leicht um rund eine Million sinken. Die zentralen Aufgaben der Fachkräftesicherung für die kommenden Jahre liegen daher laut Bericht in der weiteren Integration der Zugewanderten in den Arbeitsmarkt und der besseren Unterstützung von Frauen, die ihre Arbeitszeit ausweiten wollen - etwa mit bedarfsgerechten Angeboten an Betreuungsplätzen und flexiblen Arbeitszeiten.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

Bilder: privat - Seite 1 Brigitte Zypries - Seite 2 Daniel Becker - Seite 3 Braucht Deutschland ein neues Einwanderungsgesetz? - Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

Unsere Gesellschaft altert und sie schrumpft. Der Fortschrittsbericht zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung (siehe Seite 2) hat es erneut klar gemacht: Wir brauchen mehr Erwerbstätige in Deutschland. Ein
Weg dafür liegt in der besseren Integration von Zuwanderern auf unserem Arbeitsmarkt. Derzeit profitiert
Deutschland (noch) von einer hohen Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus der EU. Wenn sich die
Beschäftigungslage im Süden Europas verbessert, wird der Zuzug aus diesen Ländern abnehmen. Es
kommt daher auch auf qualifizierte Einwanderer aus Drittstaaten an.

Die SPD-Fraktion hat zu Beginn des Monats das Positionspapier "Deutschland als Einwanderungsland gestalten - warum wir ein Einwanderungsgesetz brauchen" vorgestellt. In unserem Vorschlag geht es einerseits darum, bereits in Deutschland lebende Arbeitskräfte zu mobilisieren. Ein erster Schritt dazu ist, die etwa 1,5 Millionen jungen Menschen in Deutschland zwischen 25 und 35 Jahren, die bisher keine Berufsausbildung haben, in eine Ausbildung zu bringen. Auch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt ein wesentlicher Baustein, damit mehr Frauen von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung wechseln können. Andererseits geht es darum, Deutschland als Einwanderungsland attraktiver zu machen.

Wir schlagen dazu ein neues Einwanderungsgesetz vor, das die Zugangswege auf unseren Arbeitsmarkt deutlich flexibilisiert. Zwar gibt es bereits Regelungen wie die "Blaue Karte" der EU - diese stellt jedoch nach wie vor hohe Zutrittshürden für qualifizierte Fachkräfte auf, weshalb nur in Maßen Gebrauch davon gemacht wird. Das neue Einwanderungsgesetz hingegen soll nicht fragen, woher jemand kommt, sondern vielmehr, was jemand kann. Nach diesem Prinzip richtet Kanada seit Jahrzenten mithilfe eines Punktesystems seine Einwanderungspolitik aus – und ist damit überaus erfolgreich. Das Punktesystem erfasst Alter, Ausbildung, Berufserfahrungen und Sprachkenntnisse eines ausländischen Bewerbers und berücksichtigt gleichzeitig die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt. Bei vorliegendem Jobangebot und passender Qualifikation erhält der Bewerber dann zunächst eine mehrjährige Aufenthaltserlaubnis, ganz unbürokratisch und flexibel. Mit unserem Vorschlag stehen wir noch am Beginn einer komplexen Debatte über eine Notwendigkeit und Chancen einer modernen Einwanderungspolitik. Wir werden uns für diese Ziele stark machen und sind überzeugt: Einwanderung kann ein Gewinn für uns alle sein!